

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Katharina Dröge, Annalena Baerbock, Claudia Roth (Augsburg), Uwe Kekeritz, Anja Hajduk, Dr. Gerhard Schick, Lisa Paus, Dr. Frithjof Schmidt, Oliver Krischer, Dr. Julia Verlinden, Bärbel Höhn, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Manuel Sarrazin, Doris Wagner, Ekin Deligöz, Dr. Thomas Gambke, Matthias Gastel, Harald Ebner, Britta Haßelmann, Sven-Christian Kindler, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Markus Kurth, Steffi Lemke, Peter Meiwald, Beate Müller-Gemmeke, Corinna Rüffer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat am 22. und 23. Juni 2017 in Brüssel und zum G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Welt steht vor zahlreichen Herausforderungen. Die wachsende soziale Ungleichheit, die fortschreitende Klimakrise, bewaffnete Konflikte, dramatische Hungersnöte, die zunehmende Zahl an Geflüchteten, massives Artensterben, endemische Korruption und die Schwäche der Weltwirtschaft machen deutlich: Wir brauchen mehr globale Handlungsfähigkeit.

Die Gruppe der Zwanzig (G20) könnte ein Teil der Lösung sein. Doch zuletzt haben manche ihrer Mitglieder die Probleme eher verschärft. Eines der drängendsten Probleme ist die fortschreitende Klimakrise. Mit dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen torpediert US-Präsident Donald Trump den internationalen Klimaschutz. Die Entrüstung der Bundesregierung ist heuchlerisch, denn zu Hause steht die Bundeskanzlerin selbst auf der Bremse. Die anhaltend hohen Treibhausgasemissionen sind Ausdruck einer klimapolitischen Doppelmoral der schwarz-roten Bundesregierung, die zwar Trumps klimapolitische Isolation kritisiert, selbst aber die Klimaschutzziele für 2020 krachend verfehlen wird.

Auch bei der Handelspolitik reicht es nicht, dass Dr. Angela Merkel sich als „Anführerin der freien Welt“ feiern lässt. Sie hat aus den Protesten gegen TTIP und CETA, nach Brexit und Trump nichts gelernt, wenn sie Bereitschaft für eine Neuauflage von TTIP signalisiert. Es darf in der Handelspolitik kein „Weiter so“ geben. Wenn unter ihrer Präsidentschaft die G20 zur gerechteren Globalisierung beitragen sollen, muss Merkel sich für eine faire Welt einsetzen. Denn freier Handel alleine reicht nicht. Eine deregulierte Globalisierung schafft zu viele Verlierer. Sie befördert eine Abwärtsspirale von Löhnen und Standards. Es braucht fairen Handel, der den Schutz von Klima und Umwelt, von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Kampf gegen Steuerflucht in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen kein neues Handelsabkommen zwischen der EU und den USA oder anderen Staaten, ohne dass von allen zukünftigen Vertragsparteien das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde und das Handelsabkommen die Einhaltung der Pariser Ziele garantiert. Was wir brauchen, ist eine Kurswende in der Handelspolitik: Denn es ist nur dann realistisch, die Klimaziele zu erfüllen, wenn wir unsere Handelspolitik so ausgestalten, dass sie Ressourceneffizienz, hohe Umweltstandards und klimaverträgliche Mobilität, Energieerzeugung und eine nachhaltige Entwicklung weltweit fördert und nicht behindert. Mit einer Absage an Protektionismus im Abschluss-Communiqué dürfen sich die G20 deshalb nicht zufrieden geben. Sie müssen sich endlich zu einer faireren Welthandelsordnung bekennen und den multilateralen Prozess über die WTO wiederbeleben und grundsätzlich reformieren im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung weltweit. Gleichzeitig müssen sie dem US-Präsidenten klar machen, dass die Erhebung von Strafzöllen oder nationalistisch motivierter Protektionismus nicht folgenlos bleiben wird.

Die G20 muss endlich ihrer Verantwortung gerecht werden. Ihre Mitglieder repräsentieren gemeinsam zwei Drittel der Weltbevölkerung und verursachen mindestens drei Viertel der globalen Treibhausgasemissionen. Sie erwirtschaften mehr als vier Fünftel des globalen Bruttoinlandsprodukts. Ohne die G20-Staaten wird kein Problem der Globalisierung zu lösen sein. Darin liegt eine große Verantwortung, aber eine mindestens ebenso große Chance.

Doch die bisherige Chancenverwertung der G20 ist schlecht: Seit 2009 nehmen sich die G20 den Abbau umweltschädlicher Subventionen vor und scheitern, weil Mitglieder wie Deutschland fossile Energieträger weiterhin hoch subventionieren.

Gleichzeitig sind zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise deren Folgen immer noch nicht überwunden. Die Bundesregierung inszeniert sich öffentlich gern als ambitionierte Finanzmarktreguliererin. Die Schuld für Blockaden wird auf andere geschoben. Dabei haben Dr. Angela Merkel und Dr. Wolfgang Schäuble verhindert, dass die internen Modelle der Banken zum Kleinrechnen von Risiken durch straffe internationale Standards ersetzt werden.

Seit 2009 sagen die G20 Steuerbetrug und Steuervermeidung den Kampf an – ohne nennenswerten Erfolg. Die soziale Ungleichheit wächst weiter, solange G20-Mitglieder Steuersümpfe für Konzerngewinne, Erbschaften und Vermögen von Superreichen bleiben. Globalisierungsgewinne müssen gerechter verteilt werden, sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb. Dazu braucht es nachhaltige Investitionen.

Eine Reihe von G20-Staaten will weiter aufrüsten, hält aber ihre Versprechungen zur Entwicklungszusammenarbeit nicht dauerhaft ein, will diese sogar kürzen.

Die G20 müssen bei ihrem Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg umsteuern. Mit der G20-Präsidentschaft 2017 kommt Deutschland dabei eine besondere Verantwortung zu. Die Bundesregierung hat es in der Vergangenheit zu oft verpasst, bestehende Chancen z. B. während der Administration von US-Präsident Barack Obama für ein gemeinsames globales Handeln zu nutzen und mit starken Partnern der G20 voranzubringen. Die heutige Konstellation der G20-Mitglieder macht globales Regieren nicht einfacher. Aber es ist noch nicht zu spät.

Anstatt zuzusehen, wie einzelne Mitglieder die Finanzmärkte wieder entfesseln, die soziale Ungleichheit weiter verschärfen, globale Deregulierung vorantreiben und sich hinter dem Rückzug der USA aus dem Klima-Vertrag verstecken, müssen die G20 eine globale sozial-ökologische Transformation anstoßen. Es ist höchste Zeit, im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) und des Pariser Klimaabkommens zu handeln, statt leere Versprechen zu machen. Die Nachhaltigkeitsziele nehmen uns alle in die Pflicht – keineswegs nur die vermeintlichen Entwicklungsländer. Die SDGs binden gerade die stärksten und handlungsfähigsten Staaten. Das sind die G20.

Die Bundeskanzlerin darf als G20-Präsidentin nicht nur Gipfel-Show machen. Wir brauchen Verfechterinnen und Verfechter einer fairen Welt. Die Bundesregierung muss sich beim G20-Gipfel auf vier Schwerpunkte konzentrieren: nachhaltige Investitionen statt klimaschädliche Subventionen, Einsatz für fairen Handel statt Protektionismus, die Finanzwende und die Bekämpfung von globaler Ungleichheit. Nachhaltige Entwicklung fängt auch bei uns an. Dafür muss die Bundesregierung ihr Gewicht innerhalb der G20 geltend machen und endlich die notwendigen Reformen einleiten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle Beschlüsse des G20-Gipfels konsequent an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen auszurichten;
2. ein klares Signal für den Klimaschutz zu senden und beim G20-Gipfel den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung in Deutschland zu verkünden;
3. einen Klimaschutzhaushalt für nachhaltige Investitionen aufzustellen und sich für den Abbau von umweltschädlichen Subventionen einzusetzen, insbesondere solcher für fossile Energieträger bis 2020. Dabei soll Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und von den umweltschädlichen Subventionen, die laut Umweltbundesamt derzeit über 50 Mrd. Euro betragen, in einem ersten Schritt rund 12 Mrd. Euro abbauen;
4. Investitionen sowie Investitions Garantien im Energiesektor auf nachhaltige Energieformen auszurichten, Klimarisiken in ihrer eigenen Kapitalanlage offenzulegen und sukzessive abzubauen, sich dem Prinzip des „Divestments“ zu verpflichten und sich für die Einführung von CO₂-Mindestpreisen, Steuern oder Abgaben für fossile Energieträger einzusetzen, damit CO₂ endlich einen angemessenen Preis erhält;
5. sich gegenüber den G20-Partnern für eine Verpflichtung zu fairen Handelsabkommen einzusetzen, die soziale und ökologische Mindestanforderungen und das Vorsorgeprinzip beachten, sensible Bereiche wie öffentliche Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge aussparen, keine Investor-Staat-Schiedsgerichte beinhalten, nachhaltige regionale Wertschöpfungsketten fördern und bei bilateralen Abkommen eine Multilateralisierung erlauben;
6. sich dafür einzusetzen, dass die G20 die Doha-Runde und die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) voranbringen und Unternehmen auf die Einhaltung internationaler Menschenrechtsabkommen, die ILO-Kernarbeitsnormen sowie internationale Umweltabkommen in der Liefer- und Produktionskette verpflichtet;
7. dem schädlichen, internationalen Steuerwettbewerb entschieden entgegenzuwirken durch die Entwicklung von schwarzen Listen für Steueroasen und eine Harmonisierung der Steuersysteme der einzelnen Staaten sowie die Einführung einer gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage und eines effektiven Mindeststeuersatzes;

8. aggressive Steuergestaltung und Steuervermeidung von international tätigen Unternehmen zu bekämpfen durch eine grundlegende Reform der Besteuerung (im Sinne der „unitary taxation“) sowie durch eine Stärkung des Steuervollzugs und die Einführung substantieller Transparenzmaßnahmen, insbesondere ein öffentlich einsehbares Transparenzregister für wirtschaftlich Berechtigte, länderbezogene Offenlegungspflichten und Anzeigepflichten für Steuersparmodelle;
9. sich für eine einfache, aber harte Schuldenbremse für Banken einzusetzen, die einen realistischen Anpassungspfad zu maximal 90 % Verschuldung bezogen auf das gesamte Geschäftsvolumen vorzeichnet, sowie für die Einführung einer strikten Trennung von Handelsgeschäft und Einlagengeschäft, um große und komplexe Banken in der Krise leichter abwickeln zu können;
10. sich für die Schaffung eines geordneten internationalen Staateninsolvenzverfahrens im Sinne zukünftiger Entwicklungschancen und des Selbstbestimmungsrechtes aller Länder einzusetzen und dabei auch die Problematik so genannter Geier-Fonds in den Blick zu nehmen.

Berlin, den 27. Juni 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion